



Detailansicht des Registereintrags

ALP - Advanced Level Politics GmbH

Stand vom 31.12.2025 15:12:45 bis 31.12.2025 15:26:10

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R001851
Ersteintrag:	27.02.2022
Letzte Änderung:	31.12.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.02.2025
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstr. 133 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491631706841 E-Mail-Adressen: kontakt@alp-advisors.com Webseiten: https://www.alp-advisors.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

400.001 bis 410.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Matthias Ilgen**
Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Ingolf Klaassen**
2. **Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**
3. **Matthias Ilgen**

Mitgliedschaften (1):

1. SPD Wirtschaftsforum e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (38):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Werbung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Schifffahrt; Verkehrsinfrastruktur; Rüstungsangelegenheiten; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

ALP berät Unternehmen in Regulierungsfragen. Wir erstellen für unseren Mandanten Analysen über aktuelle politische Planungen und gesetzgeberische Vorhaben, die sie betreffen können. Um die Anliegen unserer Mandanten in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen, unterstützen wir sie bei der Gewinnung von Informationen, der Entwicklung von Positionspapieren und Argumenten, beim Aufbau von Gesprächsbeziehungen zu politischen Entscheider*innen und durch von uns durchgeführte Gespräche mit politischen Akteur*innen. Für diese Zwecke werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes, der Bundesministerien, Mitgliedern des Deutschen Bundestages und ihren Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen des Deutschen Bundestages geführt. Zudem werden diesem Personenkreis Stellungnahmen unserer Mandanten übersandt.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Sicherung der zahnärztlichen Versorgung durch iMVZ

Beschreibung:

Im Vorfeld des Gesetzentwurfes wurde die regionale Beschränkung für zahnmedizinische iMVZ diskutiert und soll ggf. im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens umgesetzt werden. Ziel der Interessenvertretung ist, dass eine solche regionale Beschränkung nicht stattfindet.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. Umsetzbare Ausgestaltung des Gesetzes für weniger Verpackungsmüll

Beschreibung:

Das BMUV hat Eckpunkte zu einem Gesetz für weniger Verpackungsmüll vorgelegt. Bei der weiteren Gesetzgebung sollen Getränkebehälter aus 100% rPET von weiteren Belastungen ausgenommen bleiben, der Restaurantverkauf von aus hygienischen und Qualitätsgründen verpackten Lebensmitteln möglich bleiben, die Recyclingfähigkeit bei der Anwendung von Beschränkungen bestimmter Verpackungen berücksichtigt werden sowie die Vermeidung von Verpackungen beim Verkauf von Getränken bei der Berechnung etwaiger Mehrweg-Quoten berücksichtigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu];

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Ausgestaltung der Beschränkung von Lebensmittelwerbung**

Beschreibung:

Das BMEL erarbeitet einen Referentenentwurf, mit dem die Werbung für bestimmte Lebensmittel mit dem Ziel beschränkt werden soll, eine gesündere Ernährung bei Kindern zu erreichen. Ziel der Interessenvertretung ist, die Beschränkungen so auszugestalten, dass an Kinder gerichtete Werbung eingeschränkt wird, allgemeine Werbemöglichkeiten aber nicht weitreichend beschränkt werden.

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504230010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Einführung einer Plastiksteuer**

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat die Einführung einer Steuer/Abgabe auf Einweg-Kunststoffverpackungen angekündigt, die laut EU der Vermeidung von Plastikmüll dienen soll. Diese soll so gestaltet werden, dass Getränkeverpackungen im Rücknahmesystem und Verpackungen aus Recyclingmaterial davon nicht erfasst werden und bei anderen Verpackungen die Recyclingfähigkeit bewertet und berücksichtigt wird.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

5. **Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Lebensmittelwertschöpfungskette**

Beschreibung:

Ziel ist, gesetzliche Regelungen zu finden, die sicherstellen, dass zwischen den Beteiligten an der Lebensmittelwertschöpfungskette (Produzenten, Verarbeiter, Lebensmittelhersteller,

Handel) keine Machtgefälle entstehen, um unfaire Preisbildung und Handelspraktiken auszuschließen bzw. schnell beheben zu können, wenn diese doch entstanden sind.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230011 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Reform der Beschaffung der Bundeswehr

Beschreibung:

Die von der Bundesregierung angestrebten Veränderungen sollen so ausgestaltet werden, dass die Beschaffung bei innovativen, mittelständischen, neu in den Markt eingetretenen Unternehmen erleichtert wird und den schnellen Innovationszyklen bei der Entwicklung neuartiger Waffensysteme im Beschaffungsprozess Rechnung getragen wird. Dies betrifft insbesondere §14 des Gesetzentwurfes. Die Schaffung einer Firmenqualifizierung, die Integration automatisierter Produkt-Updates und -Upgrades in den Beschaffungsprozess sowie die Überarbeitung solcher Regelungen zur persönlichen Amtshaftung, die bisher die Beschaffung neuartiger Systeme regelmäßig hemmen, sollten insbesondere in Betracht gezogen werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509300234 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. **Stromkosten in der Strahlentherapie senken**

Beschreibung:

Da Stromkosten einen erheblichen Anteil der Versorgungskosten in der Strahlentherapie darstellen, sollen Leistungserbringer eine Erstattung der Stromsteuer beantragen können, in dem z.B. in §9a StromStG eine entsprechende Erweiterung des Kreises der Erstattungsberechtigten vorgenommen wird.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 21/1866 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[StromStG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#);
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512310014](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Gestaltung einer möglichen Softdrink-Steuer**

Beschreibung:

Laut Beschluss des Landtages Schleswig-Holstein will das Bundesland auf die Einführung einer Sondersteuer auf zuckerhaltige Softdrinks und Energy-Drinks hinwirken. Ziel ist, mit den Zuständigen für eine solche gesetzliche Regelung in Bundesregierung und Bundestag die Sinnhaftigkeit einer solchen Steuer, mögliche Alternativen und ggf. die konkrete Ausgestaltung zu diskutieren.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#);
Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Lebens- und
Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV
hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV
hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512310016](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.12.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Änderung des Verpackungsrechts

Beschreibung:

Die Bundesregierung strebt eine Verbesserung der Stoffkreisläufe bei Verpackungen an. Ziel ist, dass Verpackungen insbesondere auch nach Kriterien der Recyclingfähigkeit bewertet werden und Inverkehrbringer gut rezyklierbarer Verpackungen nicht für etwaiges Nicht-Recycling in Anspruch genommen werden. Die Nutzung von Getränkeflaschen aus 100% rPET soll abgesichert werden, insbesondere durch verbesserten Zugang zu rücklaufendem Material. Verpackungsfreie und verpackungsvermeidende Verkaufsformen sollen bei der ökologischen Bewertung und bei etwaigen Quoten für als umweltfreundlich bewertete Verpackungen berücksichtigt werden. Zudem soll sichergestellt werden, dass etwaige Regelungen insbesondere zum chemischen Recycling oder Änderungen bei der Sammlung praktikabel ausgestaltet werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 17.11.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512310015](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (5)

1. Auftrag

Zur Erreichung der beschriebenen Ziele werden einschlägige politische Vorgänge (Ankündigungen, öffentliche Debatten, Gesetzentwürfe und deren Vorarbeiten) beobachtet und ausgewertet, Informationen dazu durch Recherchen und Gespräche mit Bundeskanzleramt, Bundesministerien und Bundestagsabgeordneten sowie deren jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhoben, initiative Politikvorschläge und Änderungsvorschläge zu Regulierungsvorhaben erstellt und diese an die betroffenen Personen in Bundeskanzleramt, Bundesministerien und Bundestag übermittelt, sowie Gespräche mit zuständigen Personen aus diesem Kreis (ggf. zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Auftraggebers) geführt, um die Vorschläge zu besprechen. Zusätzlich werden für den Mandanten Informationen bereitgestellt (in Gesprächen oder in schriftlicher Form), die dessen Entscheidungen über weitere Aktivitäten unterstützen.

Interessenbereiche: Außenwirtschaft, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsförderung, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Lebensmittelsicherheit, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Verbraucherschutz, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Umsetzbare Ausgestaltung des Gesetzes für weniger Verpackungsmüll, Ausgestaltung der Beschränkung von Lebensmittelwerbung, Einführung einer Plastiksteuer, Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Lebensmittelwertschöpfungskette, Gestaltung einer möglichen Softdrink-Steuer, Änderung des Verpackungsrechts

Auftraggeber/-innen (1):

1. PepsiCo Deutschland GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

- 1. Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**
Funktion: Geschäftsführer

2. Matthias Ilgen

Funktion: Geschäftsführer

2. Auftrag

Zur Erreichung der beschriebenen Ziele werden einschlägige politische Vorgänge (Ankündigungen, öffentliche Debatten, Gesetzentwürfe und deren Vorarbeiten) beobachtet und ausgewertet, Informationen dazu durch Recherchen und Gespräche mit Bundeskanzleramt, Bundesministerien und Bundestagsabgeordneten sowie deren jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhoben, initiative Politikvorschläge und Änderungsvorschläge zu Regulierungsvorhaben erstellt und diese an die betroffenen Personen in Bundeskanzleramt, Bundesministerien und Bundestag übermittelt, sowie Gespräche mit zuständigen Personen aus diesem Kreis (ggf. zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Auftraggebers) geführt, um die Vorschläge zu besprechen. Zusätzlich werden für den Mandanten Informationen bereitgestellt (in Gesprächen oder in schriftlicher Form), die dessen Entscheidungen über weitere Aktivitäten unterstützen.

Interessenbereiche: Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Konkrete Regelungsvorhaben: Sicherung der zahnärztlichen Versorgung durch iMVZ

Auftraggeber/-innen (1):

1. BNZK e.V. (Bundesverband für nachhaltige Zahnheilkunde e.V.)

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.

Funktion: Geschäftsführer

2. Matthias Ilgen

Funktion: Geschäftsführer

3. Auftrag

Dieser Auftrag wird pro bono durchgeführt. Um die Tätigkeiten der Seemannsmission durch eine finanzielle Unterstützung des Bundes abzusichern werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien (AA, BMF, BMDV, BMWK) sowie selektiv mit für Seefahrt, maritime Wirtschaft, globalen Handel, Arbeitsrecht/-schutz, Gewerkschaften und Haushalt zuständigen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt.

Interessenbereiche: Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Handel und Dienstleistungen, Schifffahrt, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Deutsche Seemannsmission e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**

Funktion: Geschäftsführer

2. **Matthias Ilgen**

Funktion: Geschäftsführer

4. **Auftrag**

Identifikation von politischen Gesprächspartnern, Erhebung politischer Vorhaben, politische Vernetzung des Verbandes, Formulierung von Argumenten für politische Anliegen des Verbandes.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Konkrete Regelungsvorhaben: Stromkosten in der Strahlentherapie senken

Auftraggeber/-innen (1):

1. VDRO - Verband der in Deutschland niedergelassenen Radioonkologen e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**

Funktion: Geschäftsführer

2. **Matthias Ilgen**

Funktion: Geschäftsführer

5. **Auftrag**

Beobachtung und Analyse von verteidigungs- und rüstungspolitischen Debatten und Entscheidungsprozessen, Bekanntmachung der Produkte und Leistungen des Auftraggebers bei politischen Entscheidungen, Beratung in Beschaffungsfragen.

Interessenbereiche: Außenwirtschaft, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Rüstungsangelegenheiten

Konkrete Regelungsvorhaben: Reform der Beschaffung der Bundeswehr

Auftraggeber/-innen (1):

1. SKD SE

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Dipl.-Pol. Tilo Fuchs M.A.**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Matthias Ilgen**
Funktion: Geschäftsführer

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

